

Lodz

Volkszeitung

Nr. 163. Die „Lodz Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 L. 5.—, wöchentlich 3 L. 1.25; Ausland: monatlich 3 L. 8.—, jährlich 3 L. 96.— Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Bettrikauer 109
Telephon 36-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreispaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Floty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

7. Jahrg.

Kampfprogramm des Regierungsblocks.

„Die Verfassung muß und wird geändert werden, entweder auf legalem Wege oder unter Anwendung von Gewalt“, sagt Oberst Slawel.

Gestern fand im Saale des Hotels „Mantuffel“ in Lodz eine Wojewodschaftstagung des Regierungsblocks statt, zu der der Vorsitzende des Regierungsblocks Abg. Slawel aus Warschau erschienen war. Beratungsgegenstand waren Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur. Eröffnet wurde die Tagung durch den Abg. Dratwa, den Vorsitzenden der Lodz-er Wojewodschafts-Abteilung des Regierungsblocks. Das Referat über die politische Lage, das gleichzeitig als Programm des Regierungsblocks angesehen werden kann, hielt Oberst Slawel. Nachdem Slawel die bisherigen Ereignisse, natürlich im günstigsten Lichte für die gegenwärtigen Machthaber, geschildert hatte, kam er auf die Frage der Verfassungsänderung zu sprechen. Er negierte in seinen Ausführungen zwar die Notwendigkeit des Parlamentarismus nicht, doch kam er auf die alte Forderung des Regierungsblocks bezüglich Erweiterung der Rechte der Regierung und des Staatspräsidenten zurück.

„Die Verfassung Polens“, führte Oberst Slawel aus, „muß und wird geändert werden. Doch auf welche Weise? Um eine Verfassungsänderung im Sejm durchzuführen, bedarf es einer Stimmenzahl von zwei Dritteln. Der Regierungsblokk verfügt zwar nur über ein Drittel, während ihm gegenüber eine fast zusammengeschlossene Mauer seiner Gegner steht, die für die Beibehaltung der bisherigen Vorrechte der Parlamentarier eintreten. Der Regierungsblokk ist bemüht, die Verfassungsänderung durchzuführen, ohne zu Gewaltmaßnahmen, ohne zu einem Staatsstreich zu greifen. Wir wollen die Verfassungsänderung mit den Stimmen unserer Gegner durchführen; die Öffentlichkeit wird jedoch auf die Abgeordneten einwirken müssen, damit sie für die Verfassungsänderung stimmen.“

„So oder anders — die Verfassung wird geändert... Allein die Tatsache, daß Marschall Piłsudski für die Aenderung ist, gestattet es, im letzten Moment zu einem Verfassungsexperiment zu greifen. Doch wir möchten das vermeiden, wir möchten, daß die Abgeordneten ihre Zustimmung zu der Verfassungsänderung geben, selbst unter der Äußerung der Öffentlichkeit.“ Es sei manchmal besser, meinte Oberst Slawel, einem Abgeordneten die Knochen zu zer-

brechen, als die Maschinengewehre auf die Straße zu bringen.

Sodann ging Slawel zur Frage des Kampfes mit den anderen Parteien über, wobei er besonders scharfe Wendungen gegen die P. P. S. und ihre Führer gebrauchte, die eine staatsfeindliche Tätigkeit betreiben. Als solche bezeichnete er die Abgeordneten Lieberman, Diamond, Knapinski, Zulawski und andere. Man müsse, so führte der kampfesmutige Oberst aus, diese Leute von ihren Stellungen in der Organisation entfernen, auch die, die gute Plätze in der Krankenkasse haben. Hierauf hielt Abg. Slawel ein Referat über die gegenwärtige politische Lage. Senator Wodzynski hielt sodann ein Referat über die Verfassung und deren Fehler und Mängel. Er erklärte, daß die gegenwärtige Verfassung nicht den tatsächlichen Lebensbedingungen angepaßt worden sei. Es sei deshalb notwendig, daß sie abgeändert, daß die Mängel beseitigt und daß die Verfassung den Lebensnotwendigkeiten angepaßt werde. Ferner wurden mehrere Referate über wirtschaftliche Fragen gehalten.

Die offene Sprache des Obersten Slawel läßt die Absichten des Regierungsblocks klar erkennen. Das Volk soll gegen die oppositionellen Abgeordneten gehen und aufgeschreckt werden, damit diese ihren Widerstand gegen die Absichten des Regierungsblocks aufgeben. Falls diese ihre Opposition jedoch nicht aufgeben sollte, was unserer Ueberzeugung nach niemals eintreten wird, so soll zum Verfassungsexperiment (Staatsstreich) gegriffen werden, da sich diese Herren mit Unterführung des Marschalls Piłsudski auf derartige Abenteuer einlassen können. Der Oberst hat sein Programm dargelegt. Es bedeutet zunächst Kampf gegen die einzelnen Abgeordneten mittels Heze und Beschimpfungen; sollte dieser Kampf nicht den erhofften Erfolg haben, so kommt das ganze Parlament und in der Folge auch der Parlamentarismus an die Reihe.

Die Demokratie Polens hat den Fehlschuß der Oberstengruppe aufgenommen und sie wird aus diesem ihr aufgezwungenen Kampf auch gewiß, früher oder später, siegreich hervorgehen.

Der Flug der französischen Ozeanflieger nach Paris.

Paris, 17. Juni. Der Flug der französischen Ozeanflieger von dem spanischen Badeort Cornillas nach Paris ist ziemlich reich an Zwischenfällen gewesen. Die Flieger starteten am Sonntag früh um 6.45 Uhr. Schon nach kurzer Flugzeit mußten sie bei dem französischen Badeort Minigan les Baires dicht am Strande eine Notlandung vornehmen, da ihnen abermals das Benzin ausgegangen war. Sie telephonierten nach dem 40 Kilometer entfernt liegenden Flugplatz in Caroux in der Nähe von Bordeaux. Drei Flugzeuge mit allerlei Ersatzteilen und 150 Liter Brennstoff wurden nach Caroux entsandt. Trotz dieser Hilfe mußte der Start verlegt werden, da der Strand mittlerweile von der Flut überschwemmt wurde. Erst beim Eintritt der Ebbe um 5 Uhr konnte der Weiterflug angetreten werden. Die Flieger füllten ihre Benzinbehälter auf und starteten um 6 Uhr nach Paris, wo sie um 9 Uhr abends eintrafen.

Paris, 17. Juni. Die französischen Ozeanflieger Molant, Lefevre und Lotti wurden bei ihrer Landung in Le Bourget am Sonntag abend vom Luftfahrtminister Laurentz Eynac begrüßt. Lotti erklärte Zeitungsberichterstattung, daß der Start in Amerika einigermaßen schwierig gewesen sei. Eine Viertelstunde nach dem Start habe man den „blinden“ Passagier, Schreiber, entdeckt, der sich gerade an der Stellung im Apparat versteckt hätte, an der die Drähte für die verschiedenen Steuerungen angebracht seien, die leicht hätten beschädigt werden können. Nach anfänglichem Jörn seien sie aber in Erinnerung an ihre herzliche Aufnahme in Amerika anderen Sinnes geworden und hätten den jungen Amerikaner als ihren Fahrgast behandelt. Das Wetter sei während ihrer ganzen Ueberfahrt nicht gerade günstig gewesen. Nur zweimal wäre das Meer ihnen zu Gesicht gekommen. Nach dem 45. Breitengrad hätten sie beschlossen, die Dampferroute aufzugeben, um an den Azoren vorbeizufliegen. Plötzlich seien sie in ein Gewitter geraten und hätten einen phantastischen Flug in 800 und 900 Meter Höhe gemacht. Der „gelbe Vogel“ hätte zwar die französische Küste erreichen können, sie hätten es jedoch vorgezogen, vor dem Tagesende auf dem Festlande niederzugesinken. Bei der Landung bei Cornillas habe das Flugzeug noch 300 Liter Betriebsstoff an Bord gehabt, aber die Pumpen hätten schlecht gearbeitet.

Macdonald über die Minderheitenfrage.

London, 17. Juni. In einem Artikel in der „Sunday Times“ betont Ramsay Macdonald nach einer Zitierrung des europäischen Minderheitenproblems, daß den Minderheiten als letztes Mittel ein Zutritt zum Völkerbund gestattet sein müßte. Es sei ein Unglück, daß die auf die Minderheiten bezüglichen Rechte einige Staaten, wie beispielsweise Italien, ausschließen. Die Ueberreichung von Petitionen entgegenstehenden Schwierigkeiten müßten beseitigt und die Verteidigung der Minoritäten der Öffentlichkeit übergeben werden. Eine der Mandatskommission entsprechende permanente Minderheitskommission müsse eingesetzt werden und die Diplomatie der Verschleierung ein Ende finden.

Paris, 17. Juni. Der Artikel Macdonalds in der „Sunday Times“ hat selbstverständlich in Paris Aufsehen erregt. Allerdings enthält sich die Pariser Presse jeglichen Kommentars. Nur das nationalistische Blatt „Echo de Paris“ glaubt behaupten zu müssen, daß der italienische Geschäftsträger schon am Sonntag einen Protestschritt unternommen habe und verlangt, daß Frankreich das gleiche tun solle.

Schweres Grubenunglück in Holland.

Amsterdam, 17. Juli. Ein schweres Grubenunglück hat sich in Sitar auf dem Staatsbergwerk Mauritin in der Nacht zu Sonntag ereignet. Drei Bergarbeiter wurden plötzlich von niederstürzenden Gesteinsmassen verschüttet. Als am Sonntag morgen die Befreiung der Verunglückten gelang, waren bereits zwei verstorben, während der dritte schwere innere Verletzungen erlitten hatte.

Mißtrauen gegen die Weltbank.

Moskau, 16. Juni. Das Interesse am Young-Plan gilt hier besonders in seinen Rückwirkungen auf die allgemeine Lage in Europa, insbesondere aber auf die deutsch-russischen Beziehungen. Die Sowjetpresse hat diese Frage im engen Zusammenhang mit ihren Wirkungen auf die Arbeiterschaft Deutschlands und mit dem sich angeblich verstärkenden Klassenkampf behandelt. Die Erörterung der staatspolitischen Bedeutung der Ergebnisse der Pariser Konferenz ist dagegen bisher weniger direkt als indirekt erfolgt, und zwar durch den nachrücklichen Hinweis auf die Tätigkeit von Kühlmann und Reichberg, die eine Spitze gegen die Sowjetunion gehabt haben soll. Im übrigen wird hier gesagt, daß Deutschland den Forderungen der Gegenseite stärkeren Widerstand hätte leisten können, daß ferner die deutschen Zusagen das Maß der erträglichen Ueberstretungen, und daß die günstigeren Verhältnisse, die durch den Sieg der Arbeiterpartei in England nun eingetreten seien, hätten abgewartet werden können. Eine zunehmende Annäherung Deutschlands an den Westen wird jedenfalls angenommen, ohne daß man sich von diesem allgemeinen Standpunkt aus ein Bild machen zu können glaubt, welche Formen diese Annäherung annehmen werde. Den Stein des Anstoßes sieht man aber mit Bestimmtheit in der Schaffung der Bank für internationale Zahlungen. Man ist geneigt, in ihr die Bildung einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu sehen oder wenigstens ein höchst taugliches Instrument für alle Bestrebungen des westlichen Kapitals Sowjetrußland seine Bedingungen zu diktieren. Diese Perspektiven sind theoretisch gerechtfertigt, und man weiß, welche Rolle die Theorie in der Sowjetunion spielt. Jedoch ist es kaum richtig, anzunehmen, wie das hier vielfach geschieht,

Deutschland im Zusammenhang mit der Internationalen Bank als reines Objekt zu bezeichnen. Nur eine so große Kapitalkonzentration, wie sie durch die Young-Bank gegeben ist, kann der Sowjetunion in dem Grad und in der Form hilfreich sein, die dem Umfang und der zentralistischen Organisation der Sowjetwirtschaft entsprechen. Hierbei kann Deutschland als Mitglied der Bank für seine und zugleich für die Interessen Rußlands eine sehr förderliche Tätigkeit entfalten, und es dürfte nichts falscher sein, als durch allzu pessimistische Einstellung zur Young-Bank eine Entwicklung in dieser Richtung zu verhindern.

Neuregelung des Arbeitstages in Rußland.

Moskau, 16. Juni. Der Oberste Wirtschaftsrat schlägt vor, in den ihm unterstellten Industrien und sonstigen Unternehmungen den „durchgehenden Arbeitstag“ einzuführen. Die Ruhetage sollen schichtweise verteilt werden. Man verspricht sich von dieser Maßnahme eine Produktionssteigerung.

Schüsse auf eine Synagoge.

In Tomaschow wurden am Sonnabend abend mehrere Schüsse auf die Synagoge in der Jeruzolimka abgegeben, durch die mehrere Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Als der Synagogenbdiener auf die Straße eilte, sah er einen jungen Mann, der weiterhin auf das Gebäude schoß. Als er jedoch des Dieners ansichtig wurde, bestieg er ein Fahrrad und ergriff die Flucht. Der Diener verständigte die Polizei, die auf der Straße mehrere Patronenhüllen fand. Man hofft, dem Täter auf die Spur zu kommen. (P.)

